Landesregierung beliebt wie lange nicht

UMFRAGE RHEINPFALZ-TREND: Die Bürger in Rheinland-Pfalz sind offenbar ganz einverstanden mit dem Ergebnis der Landtagswahl. Würde heute gewählt, fiele das Ergebnis kaum anders aus als am 13. März. Auch das Experiment Dreierkoalition schreckt die Bürger nicht: Die rot-gelb-grüne Regierung wird gut bewertet. Die positive Stimmung strahlt auch auf die CDU-Opposition aus.

VON HANS-JÜRGEN REINHARD

Zustimmungsraten von an die 60 Prozent für eine Landesregierung in Rheinland-Pfalz – so etwas hat es lange nicht mehr gegeben. Zuletzt vor zehn Jahren. Damals hieß der Ministerpräsident noch Kurt Beck, und die SPD hatte gerade die absolute Mehrheit im Mainzer Landtag erreicht. Davon sind die rheinland-pfälzischen Sozialdemokraten trotz ihres achtbaren Ergebnisses bei der Landtagswahl weit entfernt. Um Ministerpräsidentin Malu Dreyer mit einer Mehrheit auszustatten, braucht die SPD zwei Koalitionspartner – FDP und Grüne.

Sowohl die Wähler der Sozialdemokraten als auch die Anhänger der beiden kleinen Parteien in der rot-gelb-grünen Ampelkoalition sind offenbar mit diesem Regierungsbündnis ganz einverstanden. Jedenfalls ergeben sich bei den für den aktuellen RHEINPFALZ-Trend erfragten Wähleranteilen nur marginale Veränderungen gegenüber dem Ergebnis der Landtagswahl vor drei Monaten.

Das gilt auch für die CDU. Sie hat sich noch nicht von der Wahlschlappe erholt und stagniert bei 31 Prozent – fünf Punkte hinter der SPD. Die AfD bleibt zweistellig, die beiden kleinen Regierungsparteien FDP und Grüne müssen sich – mit jeweils sechs Prozent – derzeit keine Sorgen machen, dass sie durch den Einzug in die Regierung an Zustimmung in der Wählerschaft verlieren.

Dasselbe gilt für ihre Spitzenleute in der Regierung, Wirtschaftsminister Volker Wissing und Umweltministerin Ulrike Höfken. Auf der Sympathieskala des RHEINPFALZ-Trend sind die beiden neu und landen auf der positiven Seite – FDP-Mann Wissing mit plus 0,8 bewertet, Grünen-Frau Höfken mit plus 0,6. Wobei Höfken, die ja schon der vorigen Regierung angehörte, bekannter ist als der FDP-Landesvorsitzende, zu dem sich vier von zehn Befragten nicht äußern können oder mögen.

Auch Oppositionsführerin Julia Klöckner wird besser eingestuft als im Februar, wenige Wochen vor der Landtagswahl: Mit einem Sympathiewert von plus 1,3 ist die CDU-Landesvorsitzende aber noch ein gutes Stück entfernt von ihren besten Ergebnissen. Die hat sie freilich ganz am Anfang ihrer Karriere erzielt, als Kurt Beck noch Ministerpräsident war.

> So schlecht wie AfD-Chef Junge wurde noch kein Landespolitiker eingestuft.

Im Falle Malu Dreyers dagegen ist die Sympathiekurve im Laufe der Jahre gestiegen. Jetzt ist die Ministerpräsidentin mit plus 2,7 ziemlich weit oben. Nur Kurt Beck in seinen besten Zeiten war noch ein Stück beliebter. Auch die CDU-Wähler schätzen Dreyer (plus 2,1), und selbst von den Anhängern der AfD erhält die Regierungschefin mit plus 0,8 noch eine positive Einstufung.

Sehr viel besser als Dreyer scheint AfD-Landes- und Fraktionschef Uwe Junge bei den eigenen Leuten auch nicht anzukommen: Die AfD-Wähler geben ihm plus 1,9. Alle anderen Befragten halten wenig von Junge, was ihm zu einem zweifelhaften Rekord verhilft: Minus 2,7 – eine so schlechte Einstufung für einen Landespolitiker hat es in fast drei Jahrzehnten RHEINPFALZ-Trend noch nie gegeben.

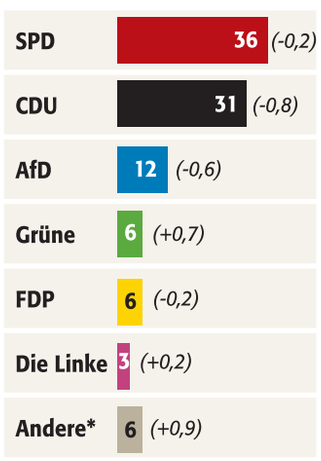
Ob die kleinere der beiden Oppositionsparteien aus ihrer Außenseiterrolle herauskommt, wird sich in den nächsten Umfragen zeigen. Dass Oppositionsarbeit nicht grundsätzlich schlecht benotet wird, zeigt sich an der Bewertung der CDU: 38 Prozent der Befragten sagen, die Union würde die Probleme des Landes genauso gut lösen wie die Regierung, und weitere 17 Prozent halten die CDU für besser als die neue Regierung.

INFO

Für RHEINPFALZ-Trend, die Umfrage zur Landespolitik, befragte das Hamburger Meinungsforschungsinstitut GESS Phone & Field zwischen 13. und 20. Juni insgesamt 1004 Wahlberechtigte in Rheinland-Pfalz.

WÄHLERANTEILE

Frage: Welche Partei würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag in Rheinland-Pfalz Landtagswahl wäre?



*Darunter: FWG: 3%

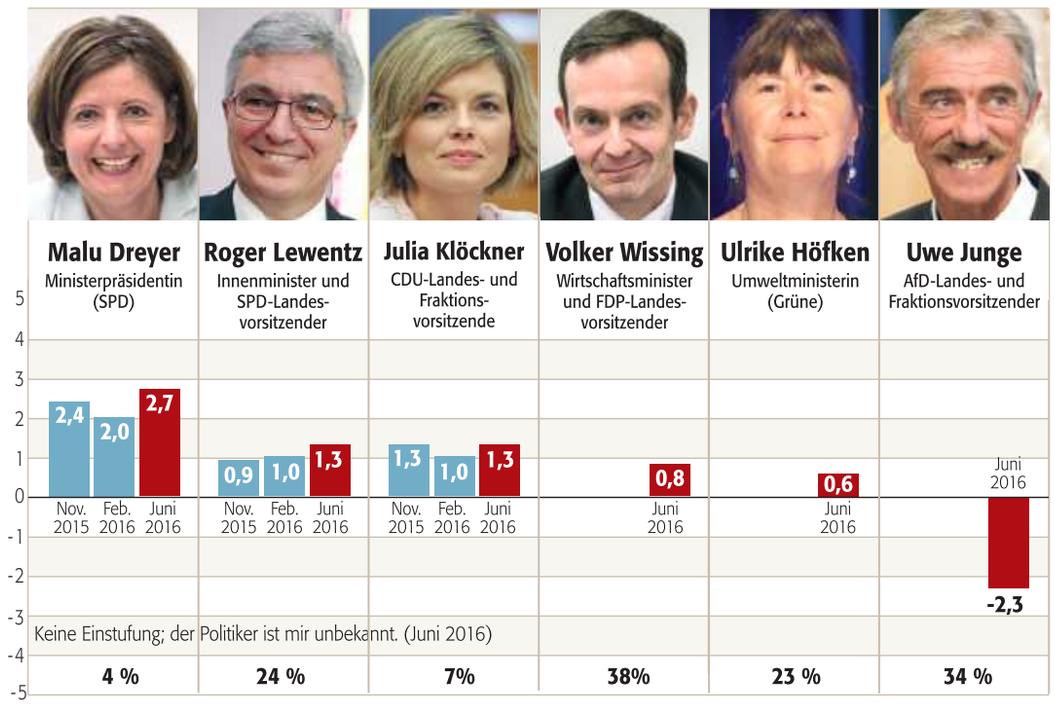
Angaben in Prozent
In Klammern: Vergleich zur Landtagswahl vom 13. März 2016 (Landesstimmen)

GRAFIK: RHEINPFALZ-SPIE QUELLE: GESS

RHEINPFALZ-TREND JUNI 2016

SYMPATHIEWERTE FÜR LANDESPOLITIKER

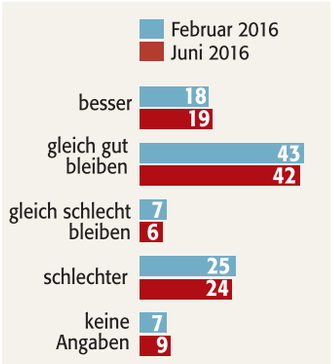
Frage: Was halten Sie von folgenden Politikern in Rheinland-Pfalz, wie sympathisch sind Sie Ihnen? Sie können dabei anhand einer Skala Ihr Urteil zwischen +5 (überaus sympathisch) und -5 (ganz und gar unsympathisch) abstufen.



WIRTSCHAFTS-ERWARTUNGEN

Frage: Wie ist das mit den wirtschaftlichen Verhältnissen hier in Rheinland-Pfalz? Werden sie sich in den kommenden Jahren verbessern oder verschlechtern, oder werden sie gleich gut bzw. gleich schlecht bleiben?

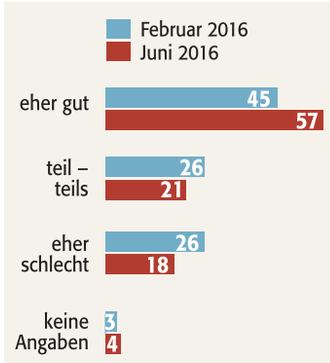
Die wirtschaftliche Lage in Rheinland-Pfalz wird …



ANSEHEN DER LANDESREGIERUNG

Frage: Welches Ansehen genießt bei Ihnen die rheinland-pfälzische Landesregierung unter Malu Dreyer: eher gutes oder eher schlechtes Ansehen?

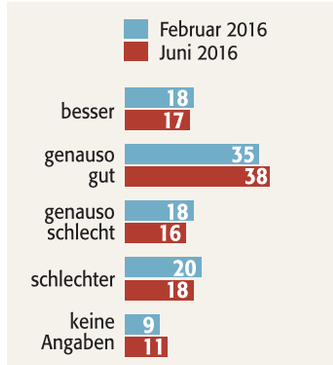
Das Ansehen der Landesregierung ist …



LEISTUNGSFÄHIGKEIT DER CDU-OPPOSITION

Frage: Wenn die CDU in Rheinland-Pfalz an der Regierung wäre: Würde die CDU die Aufgaben und Probleme im Land besser oder schlechter lösen als die gegenwärtige Landesregierung, oder genauso gut bzw. genauso schlecht?

Die CDU könnte es …



GRAFIK: RHEINPFALZ-SPIE; FOTOS: DPA Angaben in Prozent QUELLE: GESS

Strafgerichtshof: Rekordstrafe für Kongolesen Bemba

VON JOHANNES DIETERICH

Der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag hat gestern sein bisher gewichtigstes Urteil gesprochen. Die drei Richterinnen der dritten Kammer der Strafbehörde verurteilten den ehemaligen kongolesischen Vizepräsidenten Jean-Pierre Bemba zu 18 Jahren Haft.

Das ist das höchste Strafmaß, das der Gerichtshof in seiner 14-jährigen Geschichte ausgesprochen hat. Mit dem 53-jährigen Bemba wurde auch erstmals der Kommandant einer Rebellentruppe für die sexuellen Übergriffe verantwortlich gemacht, die sich seine Milizionäre zu Schulden kommen ließen – und das ungeachtet der Tatsache, dass Bemba die Übergriffe nicht persönlich angeordnet hatte. Acht seiner 18 Jahre Haft hat der Verurteilte bereits abgesessen. Die Verteidigung kündigte ein Revisionsverfahren an.

Soll noch mindestens zehn Jahre in Haft bleiben: Jean-Pierre Bemba. FOTO: DPA

Bemba ist erst der dritte Angeklagte, der vom Haager Strafgerichtshof verurteilt wurde. Bei den beiden zuvor verurteilten Angeklagten handelt es sich ebenfalls um Kongolesen. Die Bemba zur Last gelegten Verbrechen ereigneten sich zwischen Oktober 2002 und März 2003, als der kongolesische Rebellenchef rund 1500 Kämpfer seiner „Bewegung für die Befreiung des Kongo“ (MLC) in die benachbarte Zentralafrikanische Republik schickte, um den dortigen Machthaber Ange-Felix Patasse vor einem Umsturz zu bewahren. Dabei verübten die MLC-Milizionäre zahlreiche Morde und Vergewaltigungen unter der Zivilbevölkerung und plünderten Geschäfte und Häuser.

Obwohl sich Bemba selbst damals nicht in der Zentralafrikanischen Republik aufhielt, sei er als Kommandant verantwortlich, befanden die drei Richterinnen: Er habe auch in ständigem Kontakt mit seiner Truppe gestanden.

Bemba sowie zwei seiner Verteidiger und ein MLC-Abgeordneter müssen sich noch des Vorwurfs erwehren, während des fast sechsjährigen Verfahrens Zeugen bestochen und Gerichtsdokumente gefälscht zu haben. Dafür drohen weitere fünf Jahre Haft.

Politische Misstöne zum Jahrestag

Heute vor 75 Jahren begann das „Unternehmen Barbarossa“, der Krieg Hitler-Deutschlands gegen die Sowjetunion

VON PETER GÄRTNER

Heute vor 75 Jahren überfielen die Truppen des Dritten Reiches die Sowjetunion. Das „Unternehmen Barbarossa“ war der Beginn eines Vernichtungskrieges und der Anfang vom Ende der Hitler-Diktatur.

Er denkt noch oft zurück an jenen Krieg, der sein Leben und das seiner Generation so nachhaltig veränderte. Ludwig Baumann kann sich auch nach 75 Jahren noch an Details erinnern. „Als der Überfall auf die Sowjetunion begann, haben wir befürchtet: Jetzt greift Hitler nach der Weltherrschaft. Das war wie ein Schock. Erst hatte die Wehrmacht Polen in sechs Wochen besiegt, dann Frankreich in Blitzgeschwindigkeit überrollt. Die Wochenschauen zeigten Bilder von Zehntausenden gefangenen Soldaten nach den ersten großen Kesselschlachten im Osten, die das Schlimmste befürchten ließen.“

Dem heute 94-jährigen Baumann, der von sich sagt, er sei damals kein politisch denkender Mensch gewesen, war das weit verbreitete Gefühl grenzenloser deutscher Überlegenheit genauso fremd wie die den Vernichtungskrieg begleitende Propaganda von der Herrenrasse und den russischen Untermenschen. „Aber zur Wahrheit gehört auch, dass Hitler im Sommer 1941 jede Abstimmung mit großer Mehrheit gewonnen hätte. Fast das ganze Land befand sich in einem Siegesrausch, der an Wahn grenzte.“

Am frühen Morgen des 22. Juni 1941 startete unter dem Decknamen „Unternehmen Barbarossa“ der Angriff. Mehr als drei Millionen Soldaten schlugen los, Panzerdivisionen rückten in den ersten Tagen bis zu 400 Kilometer vor, fügten der Roten Armee grauenvolle Verluste zu. Doch Hitlers Traum vom Blitzkrieg im Osten, der einhergehen sollte mit der Zerschlagung des Bolschewismus, der Ausrottung der osteuropäischen Juden und der Schaffung von neuem deutschen „Lebensraum im Osten“, wurde schon ein halbes Jahr später zum Alptraum. Zwar sahen im November 1941 deutsche Panzerspitzen durch ihre Fernrohre in weiter Ferne die Türme des Kreml, doch im beginnenden eisigen Winter setzten die Truppen Stalins erfolgreich zum Gegenangriff an. Von nun an wurden sie auch von den Rüstungsschmieden Nordamerikas unterstützt, nachdem Hitler den USA den Krieg erklärt hatte.

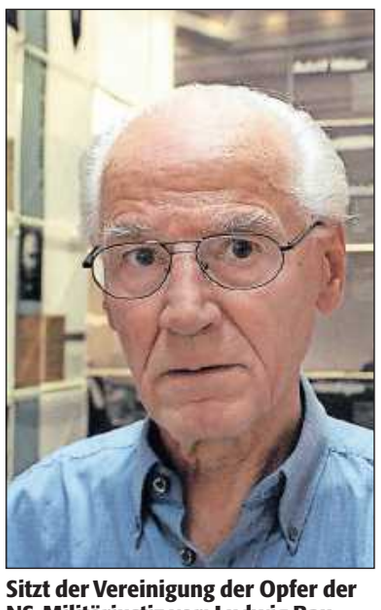
Baumann saß zu dieser Zeit auf einem bequemen Posten. In Bordeaux hatte er damals als Marinegefreiter im Hafen Beutegut zu bewachen. „Die schrecklichen Bilder aus diesem Eiswinter von den frierenden und hungernden Menschen in Russland haben uns noch in unserer Absicht bestärkt, nicht mehr Soldat sein, nicht töten zu wollen. Sie waren für mich und meinen Freund Kurt Oldenburg ein wichtiger Auslöser zur späteren Desertation.“ Mit Hilfe französischer Widerstandskämpfer gelang ihm und seinem Kameraden Oldenburg im Sommer 1942 die Flucht aus der Hafenkompanie – bis sie von einer Streife gestellt wurden.

Der Hamburger Kaufmannssohn wurde nach seiner Desertation zum Tode verurteilt. Zehn Monate saß er in der Todeszelle, wurde dann begnadigt, musste im Emsland-KZ Esterwegen Torf stechen und kam vom NS-Militärgefängnis Torgau aus mit dem Strafbataillon 500 an die Ostfront. In Weißrussland sah er, wie Einheiten von SS und Wehrmacht ganze Dörfer dem Erdboden gleichmachten – bis er schwer verletzt im Wehrmachts-Lazarett von Brünn landete. Der heute in Bremen lebende Vorsitzende der Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz kam dann vorübergehend in russische Gefangenschaft nach Glatz (heute Klodzko in Polen), wo er das Kriegsende im Mai 1945 erlebte. Dem Deserteur half nun ausgerechnet das akribisch geführte Soldbuch, in dem nicht nur die Zugehörigkeit zum Strafbataillon vermerkt war, um die Entlassungspapiere zu erhalten.

Im Verlauf des „Unternehmens Barbarossa“, so schätzen Historiker, kamen rund 27 Millionen Menschen aus dem Vielvölkerstaat Sowjetunion um, darunter neun Millionen Rotarmisten. Auf deutscher Seite starben während und infolge dieses Krieges schätzungsweise fünf Millionen Soldaten und Zivilisten. Im Mai 2015 hatte Bundespräsident Joachim Gauck an das Leid der mehr als fünf Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen in deutschen Lagern erinnert. In diesem Jubiläumsjahr hingegen gibt es von deutscher Seite keine größere Veranstaltung. Die Russische Botschaft wiederum hat für heute alle Berliner und Gäste, „die diese Ereignisse nicht kalt lassen“, zu Gedenkzeremonien für die Opfer des „Rassenvernichtungskrieges“ an den Sowjetischen Ehrenmalen nahe des Brandenburger Tors und im Treptower Park eingeladen.

Allerdings werden zum 75. Jahrestag des deutschen Überfalls neben der Ukraine und Georgien aus aktuellen politischen Gründen auch die baltischen Staaten dem Gedenken fernbleiben. Sie betrachten sich als erste Opfer des Zweiten Weltkriegs. Mit dem Hitler-Stalin-Pakt wurden Estland, Lettland und Litauen im August 1939 dem sowjetischen Einflussgebiet zugeschlagen. Ihre Unabhängigkeit erhielten die Länder erst 1991 mit dem Zerfall der Sowjetunion zurück.

In vielen von Stalin damals unterdrückten Sowjetrepubliken wurde der Einmarsch der Wehrmacht vor 75 Jahren regelrecht bejubelt. Dass dies ein bitterer Irrtum war, sollte sich rasch herausstellen: „Diesen Feldzug führte die Wehrmacht vom ersten Tag an mit den Mitteln barbarischen Terrors gegen die Zivilbevölkerung“, schreibt der Historiker Götz Aly. „Deutsche Offiziere ermahnten ihre Soldaten ausdrücklich, das Kriegsvölkerrecht nicht zu beachten.“



Sitzt der Vereinigung der Opfer der NS-Militärjustiz vor: Ludwig Baumann. FOTO: HERZIG

Die Schlacht von Stalingrad – unser Bild zeigt deutsche Infanteristen – endete für die Wehrmacht in einer vernichtenden Niederlage und gilt als Wendepunkt des Krieges an der Ostfront. FOTO: DPA

Hessen: Der Landrat kann nicht mehr

Pipa

Erich Pipa (SPD), Landrat des Main-Kinzig-Kreises und Präsident des Hessischen Landkreistags, tritt wegen Drohbriefen aufgrund seines Engagements für Flüchtlinge 2017 nicht mehr zur Wiederwahl an. „Ich halte jeden Tag meinen Kopf für unseren Staat hin. Was tut der Staat im Gegenzug für Landräte, Bürgermeister, Journalisten und Bürger, die im Ehrenamt tätig sind, wenn diese bedroht werden?“, sagte Pipa. Seit September erhalte er alle zwei Wochen Drohbriefe mit dem Absender „Initiative Heimatschutz Kinzigtal“. Ihm werde gedroht, dass er zusammengeschlagen oder „aus dem Weg geräumt“ werde. Auch seiner Familie werde gedroht.

Pipa wies bei seiner Entscheidung auch auf sein Alter von 68 Jahren hin. Dennoch sei ihm der Entschluss, im Juni nächsten Jahres aus der Politik auszuscheiden, sehr schwer gefallen. Aber er fühle sich vom Staat nicht geschützt. Er rechne nicht mehr damit, dass der Staatsschutz den hinter den Drohungen stehenden Verfasser oder die Verfasser ermittle, sagte Pipa. „Ich möchte aber diesen feigen Menschen in die Gesichter sehen, die andere bedrohen.“ Der Landrat setzte persönlich 3000 Euro Belohnung aus für Hinweise, die zur Ergreifung des Täters oder der Täter führen.

Die früheren Ermittlungen hinsichtlich der Drohbriefe gegen den Landrat hätten keinen konkreten Täterhinweis ergeben, sagte der Sprecher der Staatsanwaltschaft Hanau, Jürgen Heinze, gestern. |epd/Foto: Imago